

Statement der
Ministerin für Schule, Jugend und Kinder

Ute Schäfer

Landesparteitag NRWSPD

14.06.2003

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede

I.

Ich bedanke mich für die Gelegenheit, zu Beginn unserer bildungspolitischen Debatte zu einigen Themen Stellung nehmen zu können.

Mein Dank gilt aber zuerst einmal Euch, der Partei.

Ihr habt die Chance der letzten Monate genutzt, eine breite, öffentliche und qualifizierte bildungspolitische Debatte zu führen. Unser Kongress vom November letzten Jahres, die vielen öffentlichen Veranstaltungen und 59 Anträge und 30 Änderungsanträge zeigen: da ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen in der Partei angekommen.

Damit haben wir einen wichtigen Beitrag zu dem geleistet, was gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann: Bildung ist wieder ein großes, interessantes, öffentliches Thema in unserer Gesellschaft:

Und was noch wichtiger ist: das ist ein Beitrag dazu, die Beachtung und die Wertschätzung für die Arbeit in unseren Schulen und Kindergärten zu erhöhen. Wenig Streit und große gesellschaftliche Unterstützung, das sind – wie uns die erfolgreichen PISA Staaten zeigen – grundlegende Voraussetzungen für den Erfolg von Bildungseinrichtungen.

Das erste Signal, was wir von unserem Parteitag senden wollen, heißt: Kohle war der entscheidende Energieträger im letzten Jahrhundert, Stahl der entscheidende Rohstoff, heute sind Bildung und Wissen die entscheidenden „Energieträger“. Deshalb geben wir ihnen bei uns in NRW erste Priorität.

Mein ausdrücklicher Dank geht auch an die Bildungspolitische Kommission und namentlich an Karsten Rudolph. Ihr habt die Arbeit in sehr intensiver und kollegialer Arbeit gut strukturiert und die vielen Anregungen in sehr langen und ernsthaften Diskussionen verarbeitet.

Die Vorarbeiten haben sich gelohnt. Vor uns liegt jetzt ein Orientierungsrahmen, mit dem wir eine wichtige Standortbestimmung für die nächsten Jahre vornehmen.

II.

Der Antrag enthält unsere bildungspolitischen Leitlinien. Ich will mich in meinem Beitrag auf einige wesentliche Kernbotschaften konzentrieren.

Dabei will ich mich von den aus meiner Sicht entscheidenden Fragen leiten lassen:

- Was erwarten dabei die Menschen in NRW beim Thema Bildung von uns?
- Was müssen wir – nach PISA und IGLU – in den nächsten Jahren vorrangig leisten?
- Und welche Richtung sollen wir langfristig einschlagen?

Ich war in den letzten Wochen nahezu an jedem Abend in den Unterbezirken und in bildungspolitischen Veranstaltungen und habe dort diskutiert, aber auch viel zugehört.

Dabei hat sich eindrucksvoll bestätigt: Für die meisten Menschen sind die vorrangigen Erwartungen an uns erst einmal ganz einfach – aber, weil sie in Zeiten leerer Kassen gestellt werden, gleichzeitig sehr hoch. Die Menschen sagen:

Sichert den Unterricht,
sorgt für vernünftige Schulgebäude,
fördert die Schülerinnen und Schüler besser, übrigens nicht nur die Leistungsschwächeren,
sondern auch die Stärkeren,
achtet auf die Qualität der Schulabschlüsse,
befreit die Schulen von überflüssigen bürokratischen Regeln
und sorgt für verlässliche Betreuung und mehr Ganztagsangebote.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist unsere Aufgabe in Zeiten knapper Kassen, für eine solide Basis unseres Bildungswesens zu sorgen und diese zu sichern.

III.

Deshalb war es richtig, dass die Landesregierung in den letzten Jahren gewaltige finanzielle Anstrengungen für die Bildung unternommen hat: Wir haben die Bildungsausgaben im Landesetat in den letzten Jahren – und selbst bei einem sinkenden Gesamtetat in diesem Jahr – immer wieder steigern können:

- Allein mit dem Stufenplan „Verlässliche Schule“ haben wir uns bis 2005 einen finanziellen Kraftakt ohnegleichen vorgenommen.
- Mit der Schulbaupauschale von jährlich 460 Mio. € unterstützen wir die Kommunen deutlich bei ihren Pflichten zur Schulbausanierung.
- Wir werden im Rahmen des Nachtragshaushaltes dafür sorgen, dass die Unterrichtsversorgung auch in diesem Jahr stabil ist.

Ich gehe davon aus – und der Leitantrag hat zu dieser Frage eine klare Botschaft – dass wir diesen Weg auch angesichts der dramatischen Haushaltslage für die nächsten beiden Jahre konsequent fortsetzen.

Bei uns gilt: Bildung zuerst!

Wir werden uns alle in fast allen Bereichen erheblich einschränken müssen, aber wir wollen eines nicht: Sparen auf Kosten der Zukunft unserer Kinder!

IV.

Pisa hat uns ein deutliches Signal gegeben.

Vor allem eins trifft uns Sozialdemokraten ins Mark: dass wir so wenig erreicht haben auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit. Das lässt niemanden von uns kalt.

Deshalb haben wir uns in den letzten Monaten auf den Weg gemacht, unser Bildungssystem grundlegend zu renovieren und „durchzulüften“ – um insbesondere das Fundament zu stärken.

Wichtige Schritte sind eingeleitet worden.

Schule und Kindergarten sind näher aneinandergerückt – und werden miteinander verschränkt, und der Bildungsauftrag des Kindergartens wird gestärkt!

Mit unseren vorschulischen Sprachförderkursen erzielen wir, wie mir die Leiterinnen und Leiter von Grundschulen bestätigen, die ersten Erfolge! Denn es darf nicht sein, dass Kinder – gleich ob es sich um deutsche Kinder oder um Kinder mit Migrationshintergrund handelt – bei der Einschulung die deutsche Sprache nicht beherrschen.

Das werden wir ändern.

Das Schulfähigkeitsprofil ist erarbeitet,
die neuen Grundschulrichtlinien liegen vor,
wir starten mit Englisch in der Grundschule im Herbst.

Und wir werden den Schuleingang dem Lerntempo der Kinder anpassen. Sie können dann in jahrgangsübergreifenden heterogenen Lerngruppen die Schuleingangsphase in ein, zwei oder drei Jahren schaffen.

Wir wollen mit dem Lernen früh anfangen, die individuelle Förderung des Kindes in den Mittelpunkt der Bildungseinrichtung stellen. Wir wollen, dass die Kinder nicht für die Institutionen da sind, sondern die Institutionen haben sich den Kindern anzupassen!

Und wir wollen Heterogenität als Chance begreifen.

Deshalb werden wir auch die Schulkindergärten und die dort tätigen Kolleginnen und Kollegen in die Grundschule integrieren.

Aber ihr seht an dem Protest dagegen, liebe Genossinnen und Genossen, an diesem kleinen Beispiel schon, wie ungeheuer mühsam das Werben für mehr Integration im Bildungswesen ist.

V.

Wir sind in den letzten Monaten – ermutigt nach PISA – einen großen Schritt Richtung Ganztagschule gegangen. Die letzten Zahlen, die mich erreicht haben, sind ermutigend, wir nähern uns dem Start mit weit über 200 Ganztagsgrundschulen in diesem Herbst.

Damit schaffen wir ein verlässliches Angebot für mehr als 10.000 Kinder – und zwar aus dem Stand heraus!

Das ist doch wohl ein Erfolg, der die Anstrengung wert war. Und das ist nur ein kleiner Schritt in einer – dessen bin ich mir sicher – langen Erfolgsgeschichte.

Und was hat die CDU nicht alles unternommen, um diesen Erfolg zu verhindern. Es wird ihr nicht gelingen, schon deshalb nicht, weil es sich auf Dauer keine Kommune leisten kann, die Wünsche und Bedürfnisse von Kindern und Eltern aus vordergründigen ideologischen Gründen zu ignorieren.

Ihr wisst:

NRW steht im bundesweiten Vergleich der Ganztagsangebote schon heute gut da – die schlechte Versorgung in Bayern ist kein Vorbild.

Wir wollen Schule und Gesellschaft von morgen gestalten.

Wir brauchen den Fortschritt beim „Ganztag“, weil wir den Vätern und Müttern helfen müssen, Erwerbstätigkeit und Familie „unter einen Hut“ zu bekommen.

Wir brauchen einen Fortschritt beim „Ganztag“ aber auch, weil uns das einen besseren organisatorischen Rahmen für eine gezielte Förderung von Schülerinnen und Schülern gibt.

Wir fangen nicht von vorne an:

Wir haben das Recht auf einen Kindergartenplatz umgesetzt.

Die Schule von 8 bis 1 war und ist ein großer Erfolg.

Mit der offenen Ganztagschule verbinden wir trotz schwierigster finanzieller Rahmenbedingungen ein ehrgeiziges Ziel: 2007 wollen wir knapp 200.000 Ganztagsgrundschulplätze haben.

Das gibt es nicht zum Nulltarif. Ich bin Peer Steinbrück und Jochen Dieckmann und der SPD-Landtagsfraktion außerordentlich dankbar, dass sie dafür zusätzliche Lehrstellen bewilligt haben.

Mit der offenen Ganztagschule – und das betont der Leitantrag – beginnen wir für Deutschland eine völlig neue Philosophie.

Wir sagen aus Überzeugung: Wir führen die Kompetenz von Schule und Jugendhilfe im Interesse der Kinder konsequent zusammen. Das Leben der Kinder richtet sich nämlich nicht nach den formalen Abgrenzungen von Zuständigkeiten.

Gute Schule kann nur dort gelingen, wo sie von den Eltern und der örtlichen Gemeinschaft engagiert getragen wird. Deshalb setzen wir auf Kooperation: mit den Kommunen, mit den Kirchen und mit den freien Trägern. Wir wollen zusammenführen: die Angebote und die Profis vor Ort. Die Lehrer, Erzieher, Sozialarbeiter und andere Fachkräfte werden ein verlässliches und vielfältiges Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebot verwirklichen.

Und wenn wir unsere Zielmarke für die Grundschulen erreicht haben, gehen wir unseren Weg in der Sekundarstufe I weiter.

VI.

Wir haben in den letzten Monaten – und der Leitantrag bestätigt das – eine weitere wichtige Veränderung eingeleitet, die nicht bequem ist – unsere Schulen aber stärker verändern wird, als wir das heute schon sehen können.

Wir wollen im Interesse der Lebenschancen unserer Kinder, dass die Ergebnisse des Lernens verlässlich sind. Der 16-jährige, der die Schule nach 10 Schuljahren verlässt, seine Mutter und sein Vater, sein zukünftiger Lehrherr soll sich darauf verlassen können, dass es nicht nur ein Zeugnis gibt, sondern Kompetenzen vorhanden sind.

Was wir brauchen sind klare Standards, konsequente Überprüfung – nicht zur Bestrafung, sondern als Hilfe – und, da wo es Defizite gibt, die gezielte Förderung des Einzelnen.

Deshalb setzen wir auf den Dreischritt von Standards, Lernstandserhebungen und Förderung. Wenn wir das erreicht haben, plädiere ich auch für teilzentrale Abschlussprüfungen.

VII.

Der Leitantrag hat im übrigen eine Botschaft, die von elementarer Bedeutung für die Schule der Zukunft ist.

Die Zukunft der Schule gehört dem „Haus des Lernens“, der selbständigen Schule mit eigenem Gesicht. Und die Zukunft der Schullandschaft gehört einer starken Eigenverantwortung der Schulen und einer viel stärkeren Verantwortung der Kommunen.

Das ist kein Abschied aus der staatlichen Verantwortung – weder für die Ressourcen noch für die Lernergebnisse.

Deshalb ja das klare Festhalten im Leitantrag an Bildung als Kern der staatlichen Daseinsvorsorge. Deshalb ja auch die konsequente staatliche Qualitätskontrolle.

Aber angefangen mit unseren Initiativen zur Stärkung der einzelnen Schule, weitergeführt mit dem Modellversuch selbständige Schule, erweitert durch die jetzt im Antrag vorgesehene Stärkung der kommunalen Kompetenzen, werden wir in einigen Jahren eine sehr viel freiere, vielfältigere und dabei hochkompetente regionale Bildungslandschaft haben als heute.

Sicherlich auch selbstbewusstere Schulen, die dann auch das Ansehen des Berufsstandes des Lehrers verbessern. Schulen, die es gewohnt sind, nicht nur ein eigenes Budget zu haben, sondern auch eigene Wege bei der Unterrichtsgestaltung zu gehen.

Und Schulen, die – wie es international üblich ist – auch Lebensort und Heimat für Schüler, Lehrer und Eltern sind.

VIII.

Anrede,

ich will noch einmal deutlich machen, worauf es mir bei der Weiterentwicklung unseres Bildungssystems ankommt:

- Auf eine Schule, in der Erfolg nicht vom Status der Eltern abhängt – deshalb brauchen wir eine möglichst frühe, individuelle Förderung bereits im Kindergarten und in der Grundschule,
- auf eine Schule, in der nicht die Herkunft über den Erfolg entscheidet – deshalb brauchen wir vorschulische Sprachförderung, damit vor allem unsere Migrantenkinder das Potenzial entfalten können, das in ihnen steckt,
- auf eine Schule, die auch zum Lebensraum für Kinder werden kann – deshalb brauchen wir die offene Ganztagsgrundschule, in der Jugendhilfe und Schule unter einem Dach zusammengeführt werden,
- auf eine Schule, in der die Lehrer die Entwicklung ihrer Schüler immer im Auge behalten – deshalb brauchen wir mehr Transparenz, brauchen wir klar definierte Standards, deren Erreichen wir immer wieder überprüfen müssen, damit nicht am Ende einer Schullaufbahn achselzuckend das Scheitern registriert wird,
- auf eine Schule, in die sowohl Lehrer als auch Schüler gerne gehen – deshalb brauchen wir die selbständige Schule, die sich zwar an zentrale staatliche Vorgaben richten muss, die aber im Alltag von staatlicher Gängelung befreit ist.

Anrede,

seien wir uns darüber im Klaren: Wenn wir diese Ziele erreichen, dann hat sich unser Bildungssystem grundlegend verändert.

IX.

Lasst mich abschließend noch ein Wort zu einem Thema sagen, auf das unser Bildungsparteitag im Vorfeld vorschnell reduziert worden ist – ich meine das Thema Schulstruktur.

Anrede,

wir lassen uns keinen Maulkorb umhängen, wir lassen uns nicht einschüchtern, vor allem von jenen nicht, deren Politik darin besteht, nichts ändern zu wollen.

Wir sollten also auch Fragen der Schulstruktur debattieren. Selbst diejenigen, die früher behauptet haben, nur in einer möglichst perfekten Aufteilung der Schüler in homogene Lerngruppen liege der Erfolg eines Schulsystems, sind durch die Ergebnisse der internationalen Schulstudien ins Grübeln gekommen.

Eines scheinen alle Studien zu belegen: je vielgliedriger ein Schulsystem ist, desto höher ist das Risiko, dass vor allem leistungsschwache Schüler nicht gut gefördert werden.

Und wenn dann bei der Empfehlung über die weitere Schullaufbahn auch noch soziale Motive im Vordergrund stehen, dann ist das ein Zustand, der uns Sozialdemokraten auf den Nägeln brennen muss, der uns nicht ruhen lassen darf.

Aber ich möchte davor warnen, die Fragen der Schulstruktur zu überschätzen. Auf dem Weg zu einer besseren Förderung, zur Qualitätssteigerung und zu mehr Chancengleichheit sind Strukturfragen nicht das entscheidende Moment.

Da sind viele der oben skizzierten Ansätze wichtiger.

Und auch das hat PISA gezeigt: Besonders jene Länder sind erfolgreich, in denen die Schule eine hohe Wertschätzung genießt, in denen sie hohe Unterstützung erhalten.

Seien wir uns darüber im klaren: Eine Strukturdebatte, auch wenn wir sie führen sollten, darf nicht polarisieren. Sie darf keine alten Gräben aufreißen, sie darf nicht zu einem Rückfall in jene unseligen Zeiten führen, in denen Schulformfragen die pädagogische und inhaltliche Weiterentwicklung unserer Schulen blockiert haben.

Sie darf keinen Streit in unsere Schulen tragen – und damit meine ich nicht das fruchtbare Ringen um Verbesserungen.

Und wie verhindern wir das?

Indem wir bei möglichen Eingriffen in die Schulstruktur keine Schnellschüsse abfeuern – und keine Entscheidungen über die Köpfe der Menschen hinweg treffen. Wir benötigen, bevor wir hier zu Konsequenzen kommen können, auch weitere wissenschaftliche Erkenntnisse. Weder PISA noch IGLU sind Studien zur Schulstruktur!

Und wir brauchen in jedem Fall aber eine gestaltungsfähige, breite Mehrheit in der Bevölkerung – über Parteigrenzen hinweg.

Deshalb benötigen wir die Bereitschaft zum Kompromiss. Wer an Strukturfragen ideologisch herangeht, wer aus der Theorie ein Schulsystem entwickelt, für das es zwar gute Gründe und auch eifrige Befürworter geben mag, das aber keine breite Unterstützung bei den Menschen in diesem Lande findet, der schadet unserem Bildungssystem mehr als er nützt.

Seien wir uns also immer darüber im Klaren: Strukturfragen sind kein Selbstzweck, sondern sie dienen einem Ziel, einem besseren, gerechteren Bildungssystem.

Nur in diesem Kontext sollten wir sie eine Rolle spielen lassen – und ich wiederhole mich da gern: nicht die Hauptrolle.

